



16.3.2012

## MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

**Betrifft:** Petition 1011/2011, eingereicht von Jens Wiedenmann, deutscher Staatsangehörigkeit, unterzeichnet von 41 weiteren Personen, zur Einführung einer ABS-Pflicht für Kraftfahrzeuge in der EU

### 1. Zusammenfassung der Petition

Der Petent wendet sich gegen die geplante Ausstattungspflicht für Kraftfahrzeuge in der EU mit ABS (Antiblockiersystem). Die EU überschreite mit dieser unverhältnismäßigen Maßnahme ihre Befugnisse. Er ersucht um Rücknahme der Maßnahme.

### 2. Zulässigkeit

Für zulässig erklärt am 6. Januar 2012. Die Kommission wurde um Auskünfte ersucht (Artikel 202 Absatz 6 der Geschäftsordnung).

### 3. Antwort der Kommission, eingegangen am 16. März 2012

Im Jahre 2008 starben in Europa 5.520 Fahrer zweirädriger Kraftfahrzeuge in Straßenverkehrsunfällen. Außerdem wird die Zahl der Schwerverletzten auf das 5,5- bis 13-Fache der Zahl der Verkehrstoten geschätzt. Die Zahl von Fahrern, die jährlich in Verkehrsunfällen auf Europas Straßen leichte Verletzungen davontrugen, dürfte zwischen 66.000 und 155.000 liegen. Zu den kostengünstigsten Sicherheitsmaßnahmen, die die Kommission in einer umfassenden Folgenabschätzung<sup>1</sup> in Bezug auf Typgenehmigungsvorschriften ermittelt und geprüft hat, zählt der obligatorische Einbau fortschrittlicher Bremsanlagen in Motorräder.

<sup>1</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52010SC1152:en:NOT>